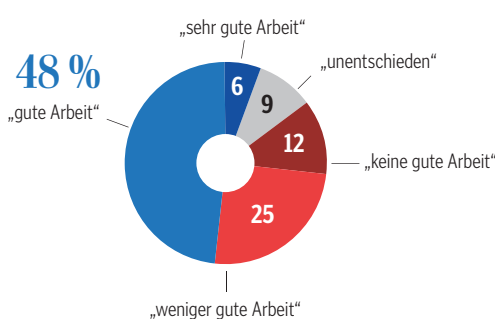


Corona überschattet alles

Bürger wollen in der Pandemie mehr Engagement vom Staat – Ruf nach Digitalisierung, Effizienz, weniger Bürokratie

Frage: „Und wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, die Landesregierung leistet hier ...“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6163/V

Anerkennung für das Krisenmanagement sinkt

Von der Pandemie Betroffene üben Kritik an der Arbeit der Landesregierung

In den vergangenen Wochen ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Bundes- wie auf Länderebene gesunken. Auf Bundesebene überwiegt mittlerweile sogar die Kritik am Krisenmanagement der Regierung. In Baden-Württemberg fällt die Bilanz der Bürger zurzeit noch positiver aus. Immerhin 54 Prozent attestieren der Landesregierung gute oder sogar sehr gute Arbeit, 37 Prozent äußern sich kritisch.

Während quer durch alle Altersgruppen die Anerkennung für das Krisenmanagement der Lan-

desregierung überwiegt, fällt das Urteil der sozialen Schichten teilweise auseinander. Während die höheren Bildungsschichten überdurchschnittlich eine positive Bilanz ziehen, üben die einfachen Bildungsschichten, die oft auch überdurchschnittlich von den Kollateralschäden der Pandemie betroffen sind, überdurchschnittlich Kritik.

So attestieren knapp 50 Prozent der Eltern der Landesregierung gute oder sehr gute Arbeit bei der Bekämpfung der Pandemie, während sich 45 Prozent kritisch äußern.

Ob Digitalisierung, Effizienz der Behörden oder Management der Regierung: Bei den Fragen im BaWü-Check, der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, stellten die Bürger ihre Probleme im Umgang mit der Pandemie in den Vordergrund. Zwar bewerten sie die Arbeit der Landesregierung noch positiv – aber die Zustimmung sinkt.

Untersuchungen auf Bundesebene zeigen ein ähnliches Bild. Die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Corona-Pandemie nimmt nach weiteren Umfragen weiter zu. Nur noch 48 Prozent der Befragten bewerten das Regierungshandeln sehr positiv (7 Prozent) oder eher positiv (41 Prozent).

Und es gibt Kritik: Die große Mehrheit sieht erhebliche Defizite bei der Digitalisierung der staatlichen Bereiche und bei der operativen Umsetzung wesentlicher Aufgaben, die sich im Zuge der Pandemie stellen. Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement sei es die Auf-

rechterhaltung eines qualifizierten Unterrichts, sei es die wirksame und rasche Unterstützung der Wirtschaft oder auch die Organisation der Impfkampagne.

Auf Bundesebene zieht auch die Mehrheit der Bevölkerung die Bilanz, dass ihrem Eindruck nach Ämter und Behörden zurzeit nur eingeschränkt einsatzfähig sind.

Zurück nach Baden-Württemberg: Hier hat die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck, dass es keine Anlaufstelle für Kritik und Anregungen zur Corona-Politik gibt. Lediglich 19 Prozent der Bürger sehen sich hier gut versorgt, 50 Prozent ziehen dagegen die ernüchternde Bilanz, dass man als Bürger in dieser Situation ohnmächtig ist.

Überdurchschnittlich haben Eltern diesen Eindruck und vor allem diejenigen, die Anlass zur Kritik sehen. So sehen 73 Prozent derjenigen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung zurzeit unzufrieden sind, keine Möglichkeit, sich als Bürger mit Kritik und Anregungen einzubringen.

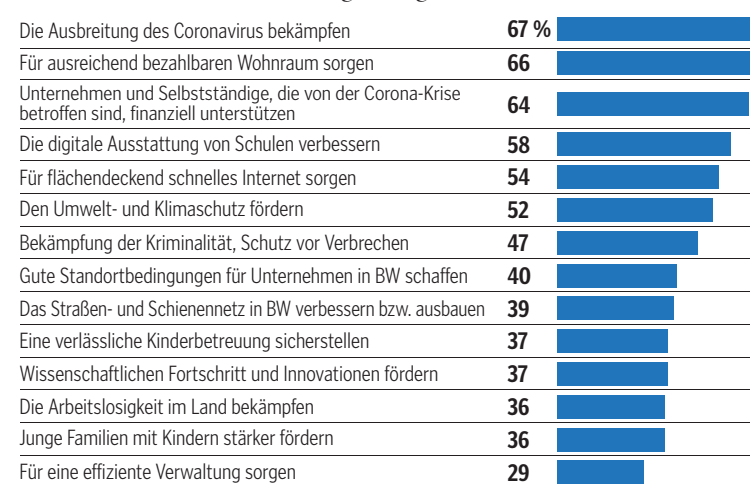
Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Men-



schen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.

Frage: „Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?“



Bürger fordern harten Kampf gegen Corona

Bezahlbarer Wohnraum und bessere Digitalisierung stehen oben auf der Agenda

Die politische Agenda der Bürger ist zurzeit noch in hohem Maße von der Pandemie und ihren Kollateralschäden geprägt. Die Bekämpfung der Pandemie steht nach wie vor an der Spitze der politischen Agenda der Bevölkerung: 67 Prozent der Bürger rechnen es zu den wichtigsten Aufgaben, die Ausbreitung der Pandemie zu bekämpfen, 64 Prozent auch die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen, die von der Krise betroffen sind, und 58 Prozent die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen.

Damit sind unter den Top 5 der politischen Agenda der Bürger drei Anliegen, die unmittelbar mit der Pandemie zu tun haben.

66 Prozent zählen es zu den wichtigsten Anliegen, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen; 54 Prozent halten es für besonders wichtig, flächendeckend schnelles Internet bereitzustellen.

Umwelt- und Klimaschutz zählen 52 Prozent zu den wichtigsten Aufgaben; dieses Ziel ist in den letzten zwölf Monaten etwas zurückgetreten, aber nicht aus dem Bewusstsein verschwunden.

Frage: „Im Landtag sitzen ja auch drei Oppositionsparteien: die SPD, die FDP und die AfD. Soweit Sie das beurteilen können: Welche davon war in den vergangenen fünf Jahren, also seit der letzten Landtagswahl, am aktivsten?“

| | Bevölkerung insgesamt | Sympathisanten von ... | | |
|--------------------------------------|-----------------------|------------------------|-----|-----|
| | | SPD | FDP | AFD |
| | % | % | % | % |
| SPD | 25 | 51 | 16 | 5 |
| AfD | 11 | 5 | 14 | 58 |
| FDP | 9 | 8 | 36 | 8 |
| Keine davon | 25 | 12 | 16 | 13 |
| Weiß nicht/kann ich nicht beurteilen | 30 | 24 | 18 | 16 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6163/V

In der Opposition war die SPD am aktivsten

AfD und FDP fallen in der Wahrnehmung deutlich ab

Wenn die Bürger von Baden-Württemberg gefragt werden, welche der drei Oppositionsparteien im Stuttgarter Landtag in den vergangenen fünf Jahren am aktivsten war, trauen sich 30 Prozent kein Urteil zu und weitere 25 Prozent empfinden keine als besonders aktiv.

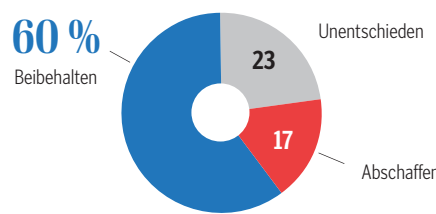
Dieses Urteil wiederum hat in hohem Maße mit der begrenzten Aufmerksamkeit für Landespolitik zu tun, die auch bundesweit zu beobachten ist.

Diejenigen, die hier eine klare Vorstellung von der Aktivität der

Opposition haben, empfinden mit Abstand die SPD als am aktivsten, gefolgt von der AfD: 25 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass die SPD in dieser Legislaturperiode seit 2016 besonders aktiv war, 11 Prozent stellen dieses Zeugnis der AfD aus, 9 Prozent der FDP.

Die getrennte Analyse von Sympathisanten der Oppositionsparteien zeigt, dass AfD und SPD von der Mehrheit ihrer Sympathisanten eine aktive Oppositionsrolle zugeschrieben wird, der FDP dagegen nur von gut jedem dritten Sympathisanten.

Frage: „In der Landesverfassung von Baden-Württemberg ist eine sogenannte Schuldenbremse festgeschrieben. Diese sieht vor, dass das Land außer in Notsituationen, wie wir sie zurzeit haben, keine neuen Schulden aufnehmen darf. Nun ist gefordert worden, die Schuldenbremse wieder abzuschaffen. Wie sehen Sie das: Sind Sie dafür, die Schuldenbremse abzuschaffen, oder sollte die Schuldenbremse beibehalten werden?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6163/V

Mehrheit will die Schuldenbremse behalten

Frauen sind sparsamer als Männer – Ältere zurückhaltender als die junge Generation

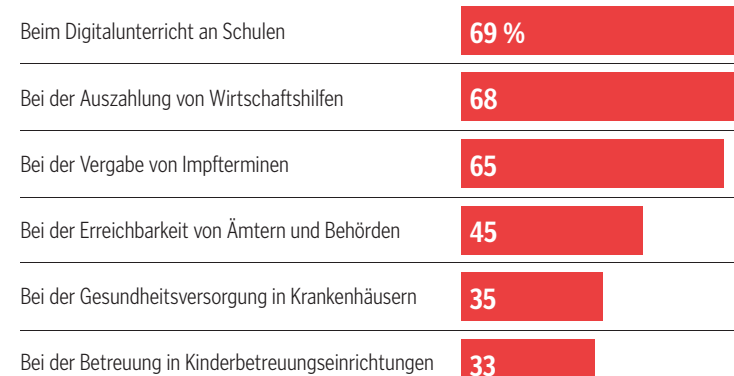
Im Zusammenhang mit den staatlichen Ausgaben zur Begrenzung der ökonomischen Kollateralschäden der Krise wird die in den Landesverfassungen festgeschriebene Schuldenbremse kontrovers diskutiert.

In Baden-Württemberg gibt es in der Bevölkerung eine breite Mehrheit für die Beibehaltung der Schuldenbremse. Da die geltende Regelung ohnehin vorsieht, dass das Land in Notsituationen vorübergehend neue Schulden aufnehmen darf, sehen 60 Prozent keinen Anlass, die Schuldenbremse generell zur Disposition

zu stellen. Lediglich 17 Prozent plädieren für die Abschaffung der Schuldenbremse, knapp ein Viertel der Bevölkerung traut sich bei dieser Frage kein Urteil zu.

Frauen sprechen sich mehr als Männer für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus, die 60-Jährigen und Älteren mehr als die Generation ihrer Kinder und Enkel. Auch bei den unter 30-Jährigen plädieren jedoch 57 Prozent für die Beibehaltung der Schuldenbremse, von den 45- bis 59-Jährigen 60 Prozent und von den 60-Jährigen und Älteren 65 Prozent.

Frage: „Wenn Sie einmal an staatliche Institutionen und Einrichtungen denken: Wo, in welchen Bereichen gibt es da derzeit vor allem Probleme?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6163/V

Kritik an mangelnder Effizienz der Behörden

Digitalunterricht klappt nicht – Hilfen werden nicht ausbezahlt – Ämter sind nicht erreichbar

Während das Krisenmanagement der Landesregierung überwiegend positiv beurteilt wird, hat die große Mehrheit gleichzeitig den Eindruck, dass die Effizienz des staatlichen Bereichs zu wünschen übrig lässt und dass sich dies gerade in der Pandemie bemerkbar macht.

So haben mehr als zwei Drittel der Bürger den Eindruck, dass es sowohl beim Digitalunterricht an den Schulen Probleme gibt wie auch bei der Auszahlung der Wirtschaftshilfen. 65 Prozent kritisieren auch die Organisation der

Impftermine, knapp die Hälfte darüber hinaus die Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden.

Noch am wenigsten Probleme verortet die Bevölkerung bei der Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern und bei der Betreuung in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Untersuchungen auf Bundesebene zeigen ein ähnliches Bild. Die große Mehrheit sieht erhebliche Defizite bei der Digitalisierung der staatlichen Bereiche und bei der operativen Umsetzung wesentlicher Aufgaben, die sich im Zuge der Pandemie stellen.